



Pressemitteilung

14. Mai 2024

DB Infrastrukturbericht: Investitionsdringlichkeit bestätigt

BVMB fordert entschlossenes Handeln und einen Kurswechsel in der Infrastrukturpolitik

Der Zustand des deutschen Schienennetzes wird immer noch schlechter. Zu diesem Ergebnis kommt sogar die bahneigene Netzgesellschaft „InfraGO“ in ihrem aktuellen Netzzustandsbericht. Sie hat vergangene Woche diesen für das Jahr 2023 vorgestellt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich demnach der Netzzustand, gemessen in Schulnoten von 3,01 auf 3,03 verschlechtert. Die Hälfte des Schienennetzes ist demnach in nur mittelmäßigem bis schlechten oder sogar einschränkendem Zustand (Noten 3-6). „Das bestätigt ein weiteres Mal unsere Forderung nach einer konzertierten und vor allem schnellen Sanierung des Netzes, die mit einer kontinuierlichen und auskömmlichen Finanzausstattung auf sehr hohem Niveau einhergehen muss“, sieht sich Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB), bestärkt.

„Je länger es mit der Sanierung dauert, desto teurer wird es“

Der Verband hat schon mehrfach die Infrastrukturpolitik der Ampel deutlich kritisiert. „Die Bundesregierung muss endlich die Deutsche Bahn mit den nötigen Finanzmitteln ausstatten, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann“, so Gilka weiter. Den massiven Sanierungsstau der vergangenen Jahrzehnte wird man mit dieser zaghaften Herangehensweise nicht abbauen können. Das Gegenteil scheint eher der Fall zu sein, wenn man sich die aktuellen Meldungen rund um den Bundeshaushalt 2025 ansieht. „Für uns zeigt das wiederholt, dass der Bund überhaupt keine klaren Zielvorstellungen bei der DB AG hat, geschweige denn verfolgt“, so Gilka deutlich. Ohne auskömmliche Finanzierungsversprechen können zahlreiche wichtige Projekte nicht begonnen werden und der Sanierungsstau wird immer größer und teurer. Der Bauwirtschaft fehlt komplett Verlässlichkeit und das Vertrauen in die Politik zusätzliche Kapazitäten für den Bahnbau aufzubauen. Nach großen Ankündigungen erfolgt leider eine große Ernüchterung. „So wird die Mobilitätswende genauso krachend scheitern wie die ständig wiederholten Wohnungsbauziele“, prophezeit der Verbandschef. Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen fordert Gilka ein Bekenntnis zu einer kontinuierlichen und verfassungsrechtlich gesicherten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Dazu gehört auch eine Diskussion über eine Reform der Schuldenbremse.



Daneben muss der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn Transparenz schaffen, wie er die Mittel konkret in Projekte und Bauvolumen umsetzen möchte. Ein Aussitzen bis zur nächsten Bundestagswahl darf es von der selbst ernannten „Fortschrittskoalition“ nicht geben. Im Moment kommt sie eher einer „Rückschritts- oder Zauderkoalition“ gleich, deren Politik für die Infrastruktur, Bauwirtschaft und die Beschäftigten in diesem Land nicht zu unterschätzende negative Folgen hat.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.

